

Energieszenario 2030 Bundestagskandidaten streiten um Atomkraft, setzen aber alle auf Nachhaltigkeit

Potenzial von 500 000 Arbeitsplätzen

VON PETRA SCHÖBEL



*Energiepolitik im Fokus: GEA-Lokalchef Roland Hauser (links) moderierte das Wahlpodium mit (von rechts) dem Vorsitzenden des Vereins Sonnen-Energie Neckar-Alb Dieter Fromme, Paul Nemeth (CDU), Pascal Kober (FDP), Sebastian Weigle (SPD), Beate Müller-Gemmeke (Grüne), Stefan Straub (Linke) und BUND-Landesgeschäftsführer Berthold Frieß.
GEA-FOTO: TRINKHAUS*

REUTLINGEN. Natürlich: Die geächteten Glühbirnen in ihrem Haushalt haben sie alle »zu fast 100 Prozent« gegen Energiesparlampen ausgetauscht. Mit dieser Frage von Moderator Roland Hauser, Leiter der GEA-Lokalredaktion, ließen sich die Teilnehmer der Podiumsdiskussion »Energieszenario 2030« am Dienstagabend im Spitalhof nicht aufs Glatteis locken. Deutlich wurde, dass alle Parteien auf Nachhaltigkeit in der Energieerzeugung setzen. CDU und FDP sind allerdings der Ansicht, für eine Übergangszeit auf Atom- oder Kohlekraftwerke nicht verzichten zu können.

Eckpunkte des Szenarios

Der Verein Sonnen-Energie Neckar-Alb hatte die Bundestagskandidaten Beate Müller-Gemmeke (Grüne), Sebastian Weigle (SPD), Pascal Kober (FDP) und Stefan Straub (Linke) auf die Bühne gebeten, um mit ihnen die Chancen für das Projekt, die gesamte Region innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte auf nachhaltige Energieversorgung umzustellen, auszuloten. Ernst-Reinhard Beck (CDU), an diesem Tag zur Plenarsitzung in Berlin, wurde von Paul Nemeth, dem energiepolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, vertreten.

Dieter Fromme, Vorsitzender des Sonnen-Energie-Vereins, erläuterte in knappen Worten die Eckpunkte des Energieszenarios: Bis zum Jahr 2030 könnten die drei Landkreise Reutlingen, Tübingen und Zollernalb zu einhundert Prozent auf regenerative Energieversorgung umgestellt werden, würde der Energieverbrauch um die Hälfte reduziert und gleichzeitig das gesamte Potenzial an Wind-, Solar- und Wasserenergie, zum Beispiel auch mittels Pumpspeicherkraftwerken am Albtrauf, voll genutzt.

Klimaschutzregion Alb

Berthold Frieß, Landesgeschäftsführer des BUND und als Experte mit auf dem Podium, unterstützte dieses Projekt und erklärte, seine Organisation trete für eine

»Klimaschutzregion Schwäbische Alb« ein, die das Areal des Biosphärengebiets umfasse und »bis 2030 oder 2040« verwirklicht werden solle. Eine gezielte Energiepolitik, betonte er, die nachhaltige Formen der Strom- und Wärmeerzeugung fördere, schaffe viele Arbeitsplätze. »Wir haben jetzt bereits 280 000 Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien. Es gibt aber ein Potenzial von bis zu einer halben Million.«

Angesichts solcher Aussichten waren die Kandidaten einig, dass das Szenario eine gute Handlungsbasis biete. Nemeth lobte das »hervorragende Konzept«, glaubte aber nicht daran, dass sich der Energieverbrauch in zwanzig Jahren halbieren lasse. Um alle Möglichkeiten des Energiesparens in der Bevölkerung und im Mittelstand zu kommunizieren, müssten zum Beispiel die Energieagenturen der Landkreise viel mehr Stellen erhalten. Das Geld dafür könne aus jenem Fonds kommen, in den »die vier großen Energieerzeuger« wie von der CDU propagiert die Hälfte ihrer Gewinne aus der Atomstromproduktion einzahlten, rund 3,1 Milliarden Euro im Jahr.

Bildungsoffensive starten

Mit diesem Statement war der Umschwung der Diskussion zum Thema »Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke« eingeleitet. Etliche Zuhörer aus dem Publikum stellten Fragen in diese Richtung. Müller-Gemmeke gab zunächst als Ziel grüner Politik aus, es müsse mittels Förder- und Anreizprogrammen eine Forschungs- und Bildungsoffensive im Bereich der erneuerbaren Energien gestartet werden. In Bezug auf die Atomkraftwerke merkte sie an, es sei nötig, eine deutschlandweit »ergebnisoffene Suche nach einer Endlagerstätte« zu beginnen. »Wenn dann auch im Schwarzwald Lagerstätten erkundet würden, gäbe es vielleicht bald viele prominente Atomkraftgegner im Land«, erklärte sie.

Auch Weigle sprach sich dafür aus, die Region energietechnisch nachhaltig zu entwickeln. Zum Beispiel könnte Bad Urach zum großen Teil mit Energie aus der Geothermie versorgt werden. Zum Thema »Atomstrom« erklärte er, die Aktien der großen Energieerzeuger seien in die Höhe geschossen, als die Debatte über die Laufzeitverlängerung begann. »Damit wird deutlich, wem das dienen würde.« Um das Engagement seiner Partei für Nachhaltigkeit zu unterstreichen, erklärte er, die SPD sei »die Mutter des Erneuerbare-Energien-Gesetzes«.

Der eigentliche »Spiritus Rector« dieses Gesetzes sei die FDP, parierte Kober diese Äußerung, und erntete dafür erstauntes Raunen und amüsiertes Gelächter vom Publikum. Tatsächlich habe seine Partei sich 1990 dafür stark gemacht, dass Kleinanbietern das Einspeisen von Strom ins Netz ermöglicht worden sei. Jetzt gelte es zu prüfen, ob eine Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken notwendig werde, betonte er. Denn nur in diesem Fall würde die FDP sich dafür aussprechen.

Seit 30 Jahren Minikraftwerke

Eindeutig gegen eine Laufzeitverlängerung sprach sich Straub aus. Er wies darauf hin, dass es seit mehr als 30 Jahren umweltfreundliche Blockheizkraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung gebe. Die Abkehr von Atomkraft und fossilen Energieträgern werde jetzt in vielen Orten diskutiert und spiegele den Wunsch der Bevölkerung nach der Nutzung nachhaltiger Energieträger wider. »Ich bin überzeugt, dass das Energieszenario 2030 umgesetzt werden kann, wenn entsprechende Anreize gegeben werden«, erklärte er. Die Stadtwerke müssten zu diesem Zweck in »Energiespar-Agenturen« umgewandelt werden, »notfalls per Gesetz«. Technisch seien die gesteckten Ziele erreichbar, so Straub, »sie müssen nur gewollt werden«. (GEA)